

LAJOS IZSÁK

# BÜRGERLICHE OPPOSITIONSPARTEIEN IN UNGARN 1944–1949

## A POLGÁRI ELLENZÉKI PÁRTOK MAGYARORSZÁGON 1944–1949

Budapest, Kossuth Könyvkiadó, 1983. 381 p.

Die der Befreiung Ungarns folgenden Jahre sind für die älteren Generationen erlebte Wirklichkeit, für die jüngeren hingegen bereits Geschichte. In jedermann lebt irgendein Bild von diesen schicksalswendenden Zeiten, doch in Ermangelung entsprechender Kenntnisse kann dieses lückenhaft oder zu sehr einseitig, ja in manchen Beziehungen auch falsch sein. So beurteilt zum Beispiel die öffentliche Meinung auch die bürgerlichen Oppositionsparteien, die dem bewegten und bunten politischen Leben der Jahre nach dem zweiten Weltkrieg organisch angehören, häufig summarisch. Allerdings mussten wir bis jetzt eine historische Bearbeitung dieses wichtigen und auch auf ein öffentliches Interesse Anspruch erhebenden Themas entbehren. Dies nahm als erster Universitätsdozent Lajos Izsák, Kandidat der Geschichtswissenschaften in seinem jetzt erschienenen Buch auf sich.

Zur Zeit der einzelnen bürgerlichen Parteigründungsversuche waren die Fundamente des politischen Institutionssystems der ungarischen Volksdemokratie bereits zustandegebracht. Am 21–22. Dezember 1944 entstand die volksdemokratische Macht, in der durch die Parteien der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront und die Gewerkschaften sämtliche demokratischen, antifaschistischen Kräfte der Gesellschaft vertreten waren. Lajos Izsák weist darauf hin, dass sich zu dieser Zeit für die bürgerlichen Politiker grundsätzlich zwei Möglichkeiten geboten haben. Sie versuchten entweder eine selbständige Oppositionspartei zu gründen, oder schlossen sie sich einer bereits funktionierenden Partei, zumeist der Unabhängigen Kleinlandwirte-, Landarbeiter- und Bürgerlichen Partei an.

Die Mitgliedschaft der nach dem zweiten Weltkrieg zustandegekommenen Parteien bildeten sozusagen zur Gänze die bürgerlichen, kleinbürgerlichen Elemente aus Stadt und Land, und die Intelligenz, genauer einzelne Gruppen derselben. Arbeiter-, sowie Arm- und Kleinbauernschichten vermochte man unter ihren Mitgliedern nur vereinzelt anzutreffen. Sämtliche Oppositionsparteien akzeptierten und unterstütz-

ten eindeutig die antifaschistischen Zielsetzungen des Programms der Unabhängigkeitsfront, im Laufe dessen Verwirklichung sie die Liquidierung der einstigen rechts- und extrem-rechtsorientierten Parteien beziehungsweise Organisationen unter den ersten durchführten. Die ausschliessliche Grundbedingung des Zustandekommens und der Tätigkeit von Oppositionsparteien war also – im Einklang mit den internationalen und inländischen Verhältnissen – die Annahme des konsequenten Kampfes gegen den Faschismus und dessen sämtliche Überreste. Im Zusammenhang mit den weiteren Zielsetzungen der Unabhängigkeitsfront traten bereits grosse Differenzen zwischen den Parteien zutage, von der Identifizierung bis zum scharfen Entgegentreten.

Der Gründungszeitpunkt der Oppositionsparteien, aber noch mehr dessen konkrete Umstände sind ziemlich verschieden. Gemeinsam an ihnen war bloss das, dass das Zustandekommen und die Auflösung der einzelnen Parteien stets mit der internationalen Lage und den Kräfteverhältnissen innerhalb der Koalitionsparteien am engsten und unmittelbarsten verbunden waren. Im Buch von Lajos Izsák können hinsichtlich der Geschichte der Oppositionsparteien drei Etappen abgetastet werden. Alle diese können mit den einzelnen Parlamentswahlen November 1945, August 1947, Mai 1949) in Zusammenhang gebracht werden.

Ende 1944 und Anfang 1945, ferner im Sommer 1945 wurden zahlreiche Parteigründungsversuche unternommen. Bis Herbst 1945 begannen jedoch nur zwei Oppositionsparteien ihre Tätigkeit. Die Ungarische Radikale Partei war die fortschrittliche linksoppositionelle Partei des städtischen Kleinbürgertums und der bürgerlichen Intelligenz. Sie kam nicht als Klassenpartei, sondern als sog. Grundsatzpartei zustande. Die URP verkündete in erster Linie eine Zusammenarbeit mit den beiden Arbeiterparteien, sie erklärte sich im vollen Ausmass solidarisch mit dem Programm der Unabhängigkeitsfront, ja darüber hinaus bekannte sie vom Augenblick ihrer Gründung an die moralische Gerechtigkeit des Sozialismus. Die Bürger-



liche Demokratische Partei setzte sich die Schaffung der bürgerlichen Einheit zum Ziel, rechnete aber zugleich auch mit der Gewinnung der Arbeiterschaft und der Landbevölkerung. Das antifaschistische, demokratische Bürgertum und Kleinbürgertum suchte und fand ihre politische Vertretung eher in den Koalitionsparteien. Gelegentlich der Nationalratswahlen realisierte sich die Einheit der bürgerlichen Kräfte entscheidend innerhalb der Kleinlandwirtpartei. Die BDP erhielt nur 1,62%, die URP aber bloss 0,12% aller Stimmen.

Nach der in den Jahren 1946–1947 erfolgten stufenweisen Liquidierung des rechten Flügels und des Zentrums der Kleinlandwirtpartei kamen neue Oppositionsparteien zustande. Als erste entfaltete noch im Frühjahr 1946 für kurze Zeit die Ungarische Freiheitspartei ihr Programm, diese wurde zum Sammelplatz des christlich gefärbten Stadt- und Dorfbürgertums. Im Frühjahr 1947 ermöglichten die volksdemokratischen Kräfte – im Bestreben die bürgerliche Rechte zu spalten – die Gründung mehrerer Oppositionsparteien und ihre Teilnahme an den Parlamentswahlen. Damit wurden jedoch jene Vorstellungen der URP und BDP vereitelt, wonach die in den Koalitionsverhältnissen vor sich gegangenen Umorganisirungen ihren eigenen politischen Einfluss namhaft steigern werden. Neben der URP und der BDP kam als dritte, sog. Mittelpartei die Unabhängige Ungarische Demokratische Partei zustande, die hauptsächlich die religiösen Mittelschichten von Stadt und Land vertrat. Die UUDP beabsichtigte demnach ihre Tätigkeit ähnlich der Ungarischen Radikalen Partei und der Bürgerlichen Demokratischen Partei als loyale Opposition der Koalition auszuüben. Mit einem die Grundlagen der volksdemokratischen Ordnung verwerfenden Oppositionsprogramm traten hingegen drei weitere, untereinander vielfach unterschiedliche bürgerliche Oppositionsparteien auf. Die Demokratische Volkspartei übernahm die Vertretung „aller Gläubigen“ und trat für eine christliche Demokratie ein. Zum Programm der DVP standen die Vorstellungen des Christlichen Frauenlagers nahe, allerdings mit einem viel konservativeren Inhalt als die erstere. Demgegenüber setzte sich die Ungarische Unabhängigkeitspartei die Verwirklichung einer bürgerlichen konservativ-liberalen Staatseinrichtung zum Ziel. Gelegentlich der Parlamentswahlen erreichte unter den Oppositionsparteien

die DVP mit 16,4% die meisten Stimmen, die UUP erhielt 13,4% Stimmen. Damit erlitten die DVP und die UUP eigentlich eine Niederlage, ihre früheren Vorstellungen waren gescheitert.

Im Einklang mit den aussen- und innenpolitischen Ereignissen ging die Klärung der Kräfteverhältnisse seit Herbst 1947 in Ungarn mit einem gesteigerten Tempo vor sich. Wie dies der Verfasser feststellt, bedeutete das nicht allein eine Beschleunigung der Machtkämpfe innerhalb der Koalition, sondern zugleich auch eine Verdrängung der Oppositionsparteien aus dem politischen Leben. Die Isolierung und der Zerfall der konservativliberalen Oppositionsparteien vollzog sich – im grossen und ganzen zugleich mit der Kapitalsenteignung – bis Anfang 1949, die Mittelparteien hingegen bestanden noch. Was mehr, die unter dem Namen Ungarische Radikale Partei vereinigten BDP und URP, sowie die Unabhängige Ungarische Demokratische Partei traten der neuorganisierten Unabhängigkeitsfront, der Ungarischen Unabhängigen Volksfront bei und nahmen an den Parlamentswahlen vom Jahr 1949 auf einer gemeinsamen Liste mit den Koalitionsparteien teil. (95,6% der Stimmen erhielten die Kandidaten der Volksfront.) Hierauf stellen jedoch die URP und die UUDP ihre politische Tätigkeit endgültig ein, obzwar hinsichtlich ihrer Liquidierung keinerlei Rechtsnorm verfügt hat. Zur Zeit des Ausbaus des Institutionssystems der Proletarietdiktatur beanspruchte die Partei der Ungarischen Werktätigen schon weder die Unterstützung der erwähnten Mittelparteien, noch die der verbündeten Bauernparteien. In Wirklichkeit wurden somit alle kleinbürgerlichen und Mittelschichten aus Stadt und Land, mit denen eine Zusammenarbeit damals nur in dieser Weise möglich gewesen wäre, ihrer politischen Vertretung beraubt.

Aus Obigem geht hervor, wie zusammengesetzt und zugleich weitverzweigt der Themenkreis war, den Lajos Izsák bei Verfassung eines Buches bearbeitet hat. Dadurch wurde es für den Autor unvermeidlich anhand der Geschichtsanalyse der Oppositionsparteien sämtliche bedeutenderen innen- und aussenpolitischen Fragen der geprüften Epoche zu berühren, ferner die Laufbahn der bürgerlichen Politiker (István Balogh, István Barankovics, Imre Csécsy, József Pálffy, Zoltán Pfeiffer, Margit Slachta, Dezső Sulyok, Géza Supka etc.), beziehungsweise einige deren Etappen zu erörtern. Die Publikation der Programme



der Oppositionsparteien am Ende des Bandes verdient besonders erwähnt zu werden.

Die Monographie Lajos Izsáks bereichert nicht allein die Fachliteratur um ein neueres

wertvolles Werk, sondern dient auch einer Vertiefung der Kenntnisse über die Gegenwartsgeschichte der ungarischen und ausländischen Leser.

Gizella Föglein

HOLGER FISCHER

## POLITIK UND GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN UNGARN

München, Oldenbourg V., 1982. 177 p.

Der Leser aus Ungarn nimmt mit Interesse und mit gewissen Sorgen das Werk des Hamburger Historikers in die Hände: wie wird ein Fachmann aus der BRD das delicate Thema – Beziehungen zwischen Politik und Wissenschaft – in seinem Buch darstellen?

Im Kenntnis des Werkes kann der Rezensent hauptsächlich anerkennende Urteile aussprechen: sehr eingehendes Kenntnis des bearbeiteten Materials, ernstes und erfolgreiches Streben nach Objektivität, moderne statistische Methoden in der Bearbeitung: dies sind die Haupttugenden des Werkes.

Im ersten Kapitel finden wir einen Überblick der organisatorischen Struktur der ungarischen Geschichtswissenschaft. Zuerst behandelt der Autor die Aufgabenstellung seitens der Politik gegenüber die Wissenschaft auf dem Grunde wichtiger Parteidokumente. Dann schildert er den Aufbau und die Arbeit der wichtigsten Forschungsstellen. Dabei findet er besonders anerkennende Wörter über die Tätigkeit der an den Universitäten wirkenden Historiker. Die zum Schluss des Kapitels folgenden statistischen Tabellen weisen mit ihrer leidenschaftslosen Objektivität auf eine, auch in Ungarn nicht genügend zur Kenntnis genommene Tatsache hin: welch grosse wissenschaftliche Reserven im Personal der öffentlichen Sammlungen stecken. Die Tabellen machen auch auf ein anderes Problem aufmerksam: die altersmässige Verteilung der Forscher von akademischem Grad ist ziemlich nachteilig, nur 6% von ihnen ist unter 40 Jahren. Deshalb sieht der Verfasser Nachwuchsprobleme vor, was je denfalls der Erfahrungen der letzten Jahren nach viel zu pessimistisch zu sein scheint.

Im zweiten Kapitel des Buches (unter dem Titel „Schwerpunkte der Historiographie“) führt der Autor eine inhalts-

mässige Analyse des Schaffens der ungarischen Geschichtswissenschaft durch. Er nimmt hier nur diejenige Werke in Betracht, welche die Periode nach 1918 behandeln. Vielleicht mit der Begründung, dass auf dem Gebiet der Zeitgeschichte am meisten die politischen Aspekte durchbrechen. Gegen diese Begründung könnte man eine Reihe von Argumenten hervorheben, aber hauptsächlich praktische Aspekte machen diese Lösung akzeptabel.

Das Beispiel der Literatur über 1918/19, über das Zeitalter der bürgerlich-demokratischen Revolution und der Räterepublik zeigt besonders auffallend die Einwirkung der Politik auf die Historiographie. Zuerst fällt besonders die enge Anknüpfung der Publikationen zu dem Jubiläen auf; dann macht der Autor bei der inhaltsmässigen Behandlung auf die Wandlungen in den Bewertungen aufmerksam. Die ideologischen Veränderungen vor und nach 1956 zeigen sich besonders charakteristisch in der Beurteilung der Ungarischen Räterepublik. Der Verfasser macht auch auf die viel diskutierte Biographie über Béla Kun von György Borsányi, aufmerksam.

Die sogenannte Horthy-Epoche (1919–1945) lässt sich etwa mit einem Viertel der zeitgeschichtlichen Literatur vertreten. Bei der Charakterisierung des Systems machen sich sehr stark politisch-ideologische Faktoren geltend: das Spektrum der Definitionen breitet sich von der Bezeichnung „Faschismus“ bis zum „autoritären System“. Die Wandlung der Bewertungen ist von politischen Elementen auch abhängig: in den Jahren des sogenannten Personenkultes (1949–1956) war die Bezeichnung „Horthy-Faschismus“ allgemein angenommen gewesen, in den 60-er Jahren begann – parallel mit der allgemeinen Erneuerung der ungarischen Geschichtswissenschaft – eine Diskussion über die Charakteristika